Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Dezember 2007 Nr. 12 · 3. Jahrgang

Links informiert 3 *Kreisparteitag – Kommunalwahlen im Blick*

Im Mittelpunkt 5/7 *Neue Ortsteile: in der SSV, in Groß Glienicke, Marquardt, Golm*

Weihnachten 11 *Verbrauchertipps / Advent am Schlaatz*

Jobs in Aussicht

Erster Spatenstich für „porta“

Dank der Hartnäckigkeit der Linksfraktion im Stadtparlament (PaS berichtete) konnte am 29.September 2007 der Spatenstich für die neue „porta“ Möbel-Erlebniswelt im Ortsteil Drewitz vollzogen werden. Damit hat das Gezerre um die Industriebrache endlich ein gutes Ende. Die Fertigstellung des 50-Millionen-Euro-Projekts ist für den Spätsommer 2008 geplant. Die Firmensprecher betonten, dass von den 250 neuen Arbeitsplätzen bis zu 180 mit zuvor Arbeitslosen besetzt werden sollen. Und „dass das neue porta-Einrichtungszentrum ein herausragendes Zukunftsprojekt für die Landeshauptstadt“ sei „und wichtige Impulse für den Arbeitsmarkt und für den Wirtschaftsstandort Potsdam insgesamt gibt“.



AG Solidarische Ökonomie beriet Aktionsprogramm

Ausgehend von ihrem beschlossenen Programm, beriet die Arbeitsgemeinschaft Solidarische Ökonomie in der Partei DIE LINKE auf ihrer 3. Beratung in Potsdam über ein auf zahlreichen Vorschlägen beruhendes Aktionsprogramm. Dieses Sofortprogramm beinhaltet u. a. die Aktion „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“, mit der durch Bücherspenden sozial Bedürftigen zu „geistigem Brot“ verholfen werden soll oder die Aktion „Bürger-Umwelt-Briefkasten“, mit der die Meinungen und Vorschläge der Bürger aufgegriffen und stärker verwirklicht werden sollen.

Weitere konkrete Aktivitäten, wie das Projekt Ökologischer Integrationsgarten, die Gründung eines Erwerbslosenringes oder die Einrichtung eines Online-Bewerbungsbüros für Arbeitslose, sind nicht nur ein Bestandteil des Aktionsprogramms, sondern befinden sich bereits in ihrer Umsetzung.

Geplant sind darüber hinaus die Aktion „Schüler schützen unsere Umwelt“, „Menschenwürdiger Wohnraum für alle“ oder das „Hartz-IV-Internet-Café“. All diese Aktionen und Projekte entsprechen der Zielstellung der Arbeitsgemeinschaft, solidarische Hilfe und Unterstützung für die sozial Schwachen zu gewähren. Von großer Bedeutung sind dabei die angestrebten und bereits auch hergestellten Kontakte und Absprachen mit anderen sozialen Organisationen und Bewegungen.

So nahmen auf der letzten Beratung der AG bereits Vertreter von attac, anderer Parteien, der Allianz freier Wähler und des Vereins Hartz-IV-Betroffene teil. In dieser großen Breite aktiver Mitwirkung besteht die Stärke der neugegründeten Arbeitsgemeinschaft.

Dr. S. Hultsch

Kulturkreisforum in Waldstadt

Die Bürgerinitiative Waldstadt hat in diesem Jahr das Kulturkreisforum ins Leben gerufen. Das Ziel des Forums ist es, die Vorhaben der im Stadtteil tätigen Träger aus den Bereichen Bildungs-, Kinder- und Jugend-, Sozial- und Kulturarbeit zu vernetzen und besser als bisher aufeinander abzustimmen. Der neu entstandene Kulturkreis versteht sich als Initiativ- und Koordinierungsgruppe mit dem Ziel, Bildung, Stadtteilkultur, Kunst, Musik und Literatur sinnvoll zu fördern. Er soll das Gremium sein, in dem die unterschiedlichen Interessen der Bürger Berücksichtigung finden, gemeinsam geeignete Maßnahmen beraten und umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang soll auch auf bestehende Angebote der Stadt zurückgegriffen werden.

Karl-Heinz Rothkirch
Bürgerinitiative Waldstadt

„Meine Geschichte der DDR“

So lautet der Titel des jüngst erschienenen Buches von Wolfgang Leonhard. Nach „Die Revolution entlässt ihre Kinder“ und „Spurensuche“ nun ein spannender Rückblick auf Entstehung und Ende der DDR. Wolfgang Leonhard ist das einzig lebende Mitglied der Gruppe Ulbricht, die am Kriegsende aus der Sowjetunion mit dem Auftrag nach Deutschland kam, den Aufbau des zerstörten Landes zu organisieren – als sozialistisches Land.

Im Gespräch dazu Wolfgang Leonhard und Pete Heuer (Kreisvorsitzender DIE LINKE), Moderation Detlef Nakath (Rosa Luxemburg Stiftung)

Eine Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem Literaturladen Wist - Buchverkauf und im Anschluss Autogramme

Dienstag, den 11. Dezember Beginn: 19 Uhr.

Veranstaltungsort: Der Kunstraum auf dem Gelände der Schiffbauergasse im Zentrum für Kunst und Soziokultur , 14467 Potsdam, Schiffbauergasse 6. Karten zum Preis von 5€ und 3€ (ermäßigt) an der Abendkasse und im Literaturladen Wist (Brandenburger Str./Dortustr. 17). Telefonische Reservierungen: Literaturladen Wist: 0331-280 04 52; Der Kunstraum: 0331-271 56 30

Auf ein Wort...



Das Weihnachtsgeschäft

Wie einfach könnte vieles sein, wenn sich nur die Dinge wiederholten, die uns in guter Erinnerung sind! Zum Beispiel das Weihnachtserleben aus Kinderjahren mit der Einstimmung am 1. Adventssonntag, bescheiden mit einer Kerze beginnend. Familiäre Traditionen, Heimlichkeit, Erwartung und Jubel gehörten dazu, auch Stille und Naivität. Ist das alles verloren, geopfert den harten Marktgesetzen des Kapitalismus, dem Gedröhn der Werbung und dem Gedränge zwischen Warenbergen? Wer dies liebt, der braucht nicht weiter nach jener alten Weihnachtspoesie zu suchen. Sie wird sich nur einstellen, wenn wir begreifen, dass innere Leere sich nicht durch äußere Fülle ausgleichen lässt. Und dass bei genauerem Hinsehen sehr viele unserer Mitmenschen außerhalb dieser Glitzerwelt der verständnisvollen Zuwendung, der nachbarlichen Hilfe, der Solidarität bedürfen, und dies nicht nur zur Weihnachtszeit!

Hella Drohla,
Stadtverordnete der Fraktion „DIE LINKE“

Glossiert

Der „Kreml", die Hände und der Adler

16 Jahre residieren unsere Landtagsabgeordneten im „Kreml" auf dem Brauhausberg. Nun scheinen die steigenden Benzinpreise eine kuriose Nebenwirkung zu entfalten. Während unsere Volksvertreter bisher nahezu ausschließlich mit dem Auto über die Albert-Einstein-Straße zu ihren Büros fuhren, scheint es nun insbesondere denen von der CDU zu teuer zu werden. Zumindest einige von ihnen benutzen nunmehr den Fußweg zum Haupteingang. Und was müssen ihre durch die frische Luft nicht mehr ganz so müden Augen ertragen? Am Turm hat die SED überlebt! Seit dem Beginn der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts hat das nicht so eine Aufregung verursacht wie jetzt. Aber nun soll der Brandenburger Adler zum Bilderstürmer werden und das alte Symbol ersetzen – meint die CDU. Der anderen Regierungspartei ist die Maßnahme zu teuer. Eine solche Verschönerung des Gebäudes könnte womöglich noch die Schlosspläne in Frage stellen und der Anfang der Grundsanierung sein. Haben die da „oben" keine anderen Sorgen?

Dr. Klaus-Uwe Gunold

IMPRESSUM
„Potsdams andere Seiten"
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Pete Heuer,** Vorsitzender. Alleestr.3, 14469 Potsdam.
REDAKTION: medien**punkt** potsdam, Journalistenbüro; Friedrich-Ebert-Straße 38, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Renate Frenz,** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 23 78 49-0; Fax: -9; email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 4506102113; BLZ: 160 500 00
„PaS" erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: OSSI-Druck Brandenburg.

Aufschwung, der in unsere Taschen greift

Der Bäcker nebenan hat die Preise erhöht. Die Schrippe kostet jetzt zwei Cent mehr und das Brot zehn Cent. Es täte ihm leid, aber er habe es tun müssen, weil seine Rohstoffe immer teurer würden, teilt er seinen Kunden per Aushang über der Ladentheke mit. Auch beim Fleischer um die Ecke sind einige Preisschilder neu. Und beim Lebensmittel-Discounter ebenso. Es geht aufwärts mit der Konjunktur, verkünden Regierung und Medien. Der Aufschwung marschiert auf breiter Front. Er ist jetzt auch bei mir angekommen. Auf den Kassenzetteln von Bäcker, Fleischer und Discounter begegnet er mir jeden Tag. Und an der Tankstelle schlägt er geradezu Purzelbäume. Ich vernehme die Warnung der Wirtschaftsweisen, die Regierung möge das Reformwerk ihrer Vorgängerin nicht verwässern und den Aufschwung gefährden. Und ich höre mit Interesse das Versprechen unserer Kanzlerin, sie werde sich gegen Mindestlöhne und ähnliches Teufelszeug entschieden wehren und überhaupt den steilen Pfad nach oben nicht verlassen. Es soll also weiter aufwärts gehen. Da haben wir wohl noch einiges zu erwarten. Strom und Gas setzen jetzt schon ganz neue Maßstäbe.

Beim Lesen der Tagespresse wird mir klar, warum das so sein muss. Zum Beispiel: Die Bundeswehr braucht drei Milliarden Euro für neue Panzer. 405 Pumas stehen auf der Einkaufsliste, das Stück für schlappe siebeneinhalb Millionen Euro. Darauf haben sich Haushalts- und Verteidigungsausschuss des Bundestages geeinigt. Ein weiteres Beispiel: Der neue Militärtransporter A400M von Airbus. Auch er ein Milliardengeschäft, dessen Kosten, wie der Presse zu entnehmen war, am allgemeinen Aufschwung kräftig teilnehmen. Ich frage mich, warum wir das alles brauchen, da wir doch rundum von Freunden und Verbündeten umgeben sind. Aber vielleicht muss ich das ja auch gar nicht wissen. Hauptsache, unsere Volksvertreter wissen es. Sie müssen ja auch ihren Senf und Segen dazugeben. Dass sie für ihre Fleißarbeit belohnt werden müssen, versteht sich. Diätenerhöhung heißt das. An die 700 Euro pro Mann und Frau und Monat – das ist ein Klacks im Vergleich zu Puma und Co. Aber Kleinvieh macht auch Mist und von nichts kommt nichts.

Jetzt ist mir auch klar, warum unsere regierenden Politiker nichts tun gegen den Aufschwung, der in unsere Taschen greift. Sie brauchen ihn für Puma und Companie. Es ist ja längst ein offenes Geheimnis, dass der Fiskus den Löwenanteil der Erlöse von Strom, Gas und Benzin kassiert und selbst an Brot und Brötchen mitverdient. Jeder noch so kleine Preissprung lässt die Kassen des Finanzministers noch schöner klingeln. Nun verstehe ich auch, warum diese Politiker leider, leider so gar nichts gegen den Wucher allerorten tun können. Öffentlich ziehen sie gegen die Übeltäter vom Leder. Doch insgeheim reiben sie sich die Hände. Bewusstseinsspaltung, Schizophrenie?

Nein – missbrauchte Demokratie!

Kurt Seeger



Volksvertreter? Keinesfalls!

Geldsack-Vertreter wäre treffender – für die „Mehrzahl" in dieser Stadtverordnetenversammlung. Fakt ist: Sie haben die Interessen von nicht einmal 100 Ich-Menschen höher bewertet als die berechtigten Forderungen von mehr als 130 000 Potsdamern und noch mehr Berlinern und Touristen aus ferneren Gegenden. Sie haben gestattet, dass der Griebnitzsee-Uferweg eingeengt, das Ufer verbaut, die Gärten der Ellbogen-Raffkes vergrößert und ein Kinderspielplatz beseitigt werden sollen. Und der Herr Oberbürgermeister will den ganzen Wahnsinn auch noch bezahlen. Gemeint ist natürlich nicht, dass er aus eigener Tasche bezahlt, sondern die Potsdamer Steuerzahler sollen blechen. Ein Musterbeispiel für die Praxis in der Profitmacher-Gesellschaft. Kennen die Abgeordneten der SVV Potsdam das Grundgesetz nicht richtig? Artikel 14, Absatz 2, lautet: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Absatz 3: Eine Enteignung ist (nur) zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Um die „Allgemeinheit" (die Mehrheit der Menschen) geht es doch hier. Hatten diese Abgeordneten nicht das Kreuz, sich gegen die finanzkräftigen Villenbesitzer durchzusetzen, um die Interessen der Mehrheit zu vertreten?

Oh, liebe Potsdamer, was haben wir uns da gewählt! Dieses System verlangt nach Veränderung.

Horst Jäkel



Traditionsgemäß gedachten am 9. November der OB, Stadtverordnete und BürgerInnen der jüdischen Opfer der Reichspogromnacht von 1938 an der Gedenktafel für die ehemalige Synagoge unserer Stadt.

Verdienstmöglichkeit
Wir suchen für
„Potsdams andere Seiten"
(Potsdam) und
„Märkische Gärtnerpost"
(Kreise Potsdam, Potsdam-Mittelmark und Teltow Fläming)
Medienberater/ Anzeigenverkäufer
auf günstiger Provisionsbasis. Interessenten melden sich bitte dienstags oder donnerstags in unserer Redaktion unter 0331/23 78 49-0.

Entscheidende Wurzel erfolgreicher linker Politik

10. Kreisparteitag der LINKEN Potsdam stellte Weichen für Kommunalwahlen 2008 / Rot-rot „nicht aktuell“



Zum Parteitag der Linkspartei.PDS in 2006 gab's Pfannkuchen. Schließlich war's der 11.11. im Vorjahr. Nach etwas mehr als einem Jahr fand nun der Parteitag der neuen LINKEN wieder im Humboldtgymnasium statt. Und Grund genug für den Kreisparteichef Pete Heuer sowie den Linksfraktionschef und MdL Hans-Jürgen Scharfenberg, in ihren Redebeiträgen den Finger auf nicht besonders spaßige Episoden der vergangenen 12 Monate Stadtpolitik zu legen. „Da versucht diese Stadt Kulturhauptstadt Europas zu werden – es klappt nicht. Dann soll sie Stadt der Wissenschaften werden – es klappt nicht. Das mit dem ... Superlative-Spaßbad – es klappt nicht“, so Heuer. Und „was lehrt uns das ? Vielleicht sollten sich die Verantwortlichen einfach mal mit den Dingen befassen, die Potsdam als natürliche Voraussetzungen mitbringt.“

Dem Rechnung tragend, hatte der Parteitag im November 2006 die Erarbeitung von Grundsätzen der Stadtentwicklung dem Kreisvorstand und der Linksfraktion in Auftrag gegeben. Anfang Oktober 2007 wurde schließlich auf einer Klausurtagung ein Papier entwickelt. Und diese Grundsätze mit dem Titel „Potsdam – sozial und lebenswert“ standen nun im Mittelpunkt der Generaldebatte am 24.11.2007. In vielen Einzelbeiträgen begrüßten bzw. ergänzten GenossInnen das Papier. Besonders mit dem Blick auf die kommenden Kommunalwahlen Ende September 2008. Sollen doch hieraus die Wahlkampfziele der LINKEN in Potsdam resultieren. Die Schwerpunkte der Grundsätze umfassen das breite Spektrum der nötigen Stadtpolitik: Arbeit und Wirtschaft; Soziales und Öffentliche Beschäftigung; Städtebau, Wohnen und Neue Ortsteile; Toleranz und Weltoffenheit; Jugend und Bildung; Kultur sowie Umwelt. Fraktionschef Scharfenberg hob besonders das erfolgreiche Agieren seiner Partei auf wirtschaftspolitischem Gebiet zum Wohle der Stadt hervor. Er betonte aber auch die Forderung seiner Fraktion nach einem kostenlosen Schulessen.

Im Zusammenhang mit den Schwerpunkten des „Grundsätze-Papiers“ und bei der Auseinandersetzung mit der Politik der SPD in Stadt und Land wiesen u. a. Pete Heuer und Hans-Jürgen Scharfenberg eventuelle Spekulationen auf rot-rote Bündnisse oder gar Regierungen in Brandenburg und Potsdam als „nicht aktuell“ ab. Pete Heuer betonte, es sei naiv zu glauben, „die SPD suche nach Kompatibilität zur Linkspartei“. Er könne auch auf Schlagzeilen verzichten, dass das Leitbild der Linksfraktion des Landtages „passfähig zu rot-rot“ wäre. „Zur Zeit passt die SPD noch nicht einmal zu sich selbst!“, betonte der Kreisvorsitzende unter dem Beifall der Delegierten. Scharfenberg machte die „schwache SPD-Stadtfraktion“ für die „instabile Situation“ in der Landeshauptstadt verantwortlich. An Spekulationen über eine etwaig vorgezogene Oberbürgermeister-Wahl (die nächste reguläre ist erst 2010) wolle er sich nicht beteiligen.

„Kommunalpolitik ist eine entscheidende Wurzel erfolgreicher linker Politik. Gute Kommunalpolitik, die direkt erlebbar ist, fördert die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zur demokratischen Mitgestaltung“, so steht es u. a. in der Präambel des Grundsatzpapiers. Dementsprechend wird auch die LINKE in unserer Stadt weiter erfolgreich ihren Weg beschreiten. Und mit dem Blick auf die Kommunalwahlen betonte Hans-Jürgen Scharfenberg: „Wir wollen wieder stärkste Fraktion werden!“

Ein weiterer Schwerpunkt des Parteitages war die formell notwendige Vollendung der Fusion zwischen Linkspartei.PDS und WASG im Potsdamer Kreisverband, der alle 126 Delegierten zustimmten. Zusätzlich wurde ein weiterer stellvertretender Kreisvorsitzender gewählt: Hans-Jörg Rudolph (ehemaliger Kreisvorsitzender der WASG). Und als nachgewähltes weibliches Mitglied kam Olga Schummel in den Kreisvorstand.

Zwei Ereignisse rundeten den Parteitag quasi ab: Da brachte die Potsdamer Schriftstellerin Christa Kozik ihre „Ballade von der Venus aus dem Osten“ unter viel Beifall zu Gehör. Und eine Sammlung unter den Delegierten ergab 400,00 Euro für eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Zwangsarbeiter, die in der Nazizeit bei Orenstein & Koppel in Babelsberg schuften mussten. *-bm-*

Olga Schummel – neu im Kreisvorstand

„Ich heiße zwar Schummel. Aber das ist ganz und gar nicht meine Einstellung“, mit diesem Satz hat die 35-jährige Olga Schummel die Lacher auf ihrer Seite auf dem Kreisparteitag. Sehr ernst weist dann die junge Frau auf die Schwachpunkte in unserer Gesellschaft hin, die sie schließlich auch darin bestärkten, in der LINKEN politisch mitzutun: „Solange es Kinder gibt, die ohne Frühstück in die Schule gehen müssen“, sei eben eines ihrer Motive dazu. Chancengleichheit, Respekt vor der Würde der Kinder fordert die vierfache Mutter.

Und sie prangert die Ausländerpolitik an. „Ich habe vielfach diese Arroganz, die oft verborgene Ausländerfeindlichkeit gespürt“, erzählt sie bewegt. Seit 1994 lebt sie in Deutschland. Olga stammt aus der belorussischen Hauptstadt Minsk. Nach einem Studium in Minsk studierte sie weiter in Freiburg und letztlich in Potsdam. Und sie ist heute Referendarin für Russisch und Französisch in unserer Stadt.

Seit zwei Jahren ist Olga Schummel Mitglied der linken Partei. 2007 hat sie erfolgreich am Mentoring-Programm der LINKEN-Stadtfraktion teilgenommen. Und nun, seit dem 24. November 2007, ist Olga Mitglied des Kreisvorstandes ihrer Partei. Wir wünschen ihr Erfolg in ihrer neuen Funktion.

-bm-



Grenzen nach Osteuropa fallen

Dezember 2007

Für Millionen Menschen wird das Reisen innerhalb Europas einfacher. Stichtag ist der 21. Dezember. Eine Minute nach Mitternacht wird die Schengenzone um acht osteuropäische Länder und Malta erweitert. Dann wird kontrollfreies Reisen zwischen 13 alten EU-Staaten und Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Slowenien sowie Malta möglich. Auch die Nicht-EU-Länder Norwegen und Island gehören der Schengenzone an, nicht aber Großbritannien und Irland. Die EU-Länder Bulgarien und Rumänien sind noch nicht soweit, Zypern verzichtet noch auf eigenen Wunsch.

Das ursprüngliche Abkommen wurde 1985 im luxemburgischen Grenzort Schengen an der Mosel von Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden unterzeichnet.

Bundesinnenminister Schäuble spricht von einem „historisch bedeutsamen Ereignis".

Der CDU-Partei-Vize Brandenburgs, Sven Petke, meint jedoch, das Ende der Personenkontrollen käme zu früh. Es wäre besser, die Grenzkontrollen bis 2011 beizubehalten. Die polnische Polizei benötige noch Zeit, um die notwendigen hohen Sicherheitsstandards zu garantieren. Die Sorgen und Ängste der Bürger vor Kriminalität müssten ernst genommen werden.

Demgegenüber hatte Innenminister Jörg Schönbohm zuvor erklärt, es gebe weder von Polizeibehörden noch von Nachrichtendiensten Hinweise auf eine gesteigerte Gefährdung.

Auch die SPD- und Linksfraktionen des Landtages stellen sich hinter die Entscheidung der EU zur Ausweitung des Schengen-Gebietes. Der innenpolitische Sprecher der LINKEN-Fraktion, Hans-Jürgen Scharfenberg, sieht keine Alternative zur Grenzöffnung. Die Zeit sei reif. „Wir haben großes Interesse daran, dass sich innerhalb der EU Ausgleichsprozesse vollziehen", betonte Scharfenberg. Das sei der beste Beitrag für Stabilität und Frieden. Auch die vor dem Beitritt Polens zur EU geäußerten Sicherheitsbedenken hätten sich nicht bestätigt. *-b.m.-*



Ziel: „Räterepublik"

Dezember 1932

In der Wohnung des Eisenbahnwerkstättenarbeiters Otto Deinert in Nowawes wird am 15. 12. 1932 die aus mehreren aktiven Kommunisten bestehende Gruppe „Einheit" verhaftet; dazu gehören der Transportarbeiter Franz Loewe, der Klempner Ewald Weiß, der Arbeiter Franz Dotzauer, der Anstreicher Georg Fickelscheer, der Arbeiter Erich Lange und der Arbeiter Otto Röbel. Die Mitglieder der kommunistischen Gruppe „Einheit" werden am 23. Oktober des Folgejahres verurteilt, weil sie versucht hätten, unter einem neuen Namen die Tätigkeit des verbotenen Rotfrontkämpferbundes fortzusetzen mit dem Ziel, eine Räterepublik nach sowjetischem Muster zu errichten; es werden verurteilt Deinert, Loewe, Weiß und Fickelscheer zu je einem Jahr und zwei Monaten Gefängnis; Dotzauer zu einem Jahr und vier Monaten Gefängnis. *-rt*

Gegen Atombombenversuche

Dezember 1957

Am 24. 12. 1957 erscheint ein Aufruf des Kreisfriedensrates Potsdam in der „Märkischen Volksstimme". In ihm heißt es u.a.: „Wieder schauen strahlende Kinderaugen voller Erwartung in den Lichterglanz. Wir Erwachsenen sollten heute mehr denn je darauf achten, unseren Kindern dieses Glück für immer zu erhalten. In der Weltfriedensbewegung haben sich Millionen Menschen, die guten Willens sind, zusammengefunden, um die Beschlüsse des Weltfriedensrates zu verwirklichen. Der Stockholmer Appell des Büros des Weltfriedensrates zur Entfaltung einer breiten Protestwelle gegen die Atombombenversuche fand schon in der vergangenen Woche starke Beachtung und hat in Verbindung mit dem Manifest der kommunistischen und Arbeiterparteien aus 64 Ländern noch mehr an Bedeutung gewonnen. [...] Nur wenn es gelingt, mit Hilfe aller friedlichen Kräfte den Weltfrieden zu sichern, werden wir unseren Kindern und allen Kindern der Welt ein friedliches, glückliches Leben erhalten."

-rt

Die 1.000. Neubauwohnung

Dezember 1972

Die 27-jährige Wäscherin Bärbel Tabbert erhält am 8. Dezember 1972 mit ihren vier Kindern Ramona (9), Manuela (7), Karsten (5) und Anette (3) die 1000. Neubauwohnung seit 1945 in Potsdam.

-rt

Dafür setzten sich die Stadtverordneten ein

Einige Fraktionsinitiativen in der Stadtverordnetenversammlung im Jahre 2007

31. Januar:

Nutzung erneuerbarer Energien (Fraktion Die Andere): Die VertreterInnen der Stadt Potsdam in den Gremien der EWP GmbH werden beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass Investitionen der EWP für den Bau von Energiegewinnungsanlagen nur noch in Anlagen erfolgen, die regenerative Energieträger nutzen.
Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

7. März:

Sonderstraßenbaubeitragssatzung für die baulichen Maßnahmen der Landeshauptstadt Potsdam für den Zeitraum vom 21.11.1997 bis 05.08.2003 (Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen): Sonderstraßenbaubeitragssatzung für die baulichen Maßnahmen der Landeshauptstadt Potsdam für den Zeitraum vom 21.11.1997 bis 05.08.2003
Abstimmungsergebnis: mit 23 Ja-Stimmen angenommen bei 17 Nein-Stimmen.

4. April:

Bildung von Wirtschaftseinheiten für Abfallentsorgung, Straßenreinigung, Winterdienst und Pflege von Grünanlagen (Fraktion DIE LINKE. PDS): Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Arbeitsgruppe Wohnkosten (siehe StVV-Beschluss vom 01.06.2006 – DS 05/SVV/0461) prüfen zu lassen, inwieweit Kostensenkungspotenziale zur Verringerung von Bewirtschaftungskosten gefunden werden können. Darüber ist der StVV bis Oktober 2007 ein Bericht zu geben.
Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen.
Sanierung der Plastik „Familie Grün“ (Fraktion CDU): Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept zur Restaurierung für die Figurengruppe „Familie Grün“ entwickeln zu lassen und der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.
Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen bei zahlreichen Stimmenthaltungen.
Bilanz Verwaltungsreform (Fraktion DIE LINKE. PDS): Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2007 eine Bilanz der Verwaltungsreform in der Stadtverwaltung Potsdam vorzulegen. Dabei sind insbesondere die im Rahmen der Verwaltungsreform durchgeführten Maßnahmen im Zusammenhang mit den dadurch erzielten Wirkungen darzustellen.
Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen.
Maßnahmen zur Reduzierung des CO2-Ausstoßes (Fraktion Die Andere): Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Vorlage des Klimaschutzberichtes, aber spätestens im September 2007, ein Maßnahmepaket vorzulegen, mit dem mittelfristig und dauerhaft unter Berücksichtigung der im INSEK zu Grunde gelegten Bevölkerungsentwicklung eine Absenkung des CO2-Ausstoßes um mindestens 20 % erreicht werden kann.
Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen, bei 2 Stimmenthaltungen.
Korruptionsbericht (Fraktion Die Andere): Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung jährlich einen Bericht vorzulegen, welche Probleme in der Stadtverwaltung Potsdam mit Korruptionsfällen aufgetreten sind und welche Maßnahmen zur (präventiven) Korruptionsbekämpfung ergriffen wurden. Der Bericht soll erstmals im Oktober 2007 im Hauptausschuss beraten werden.
Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen.
Parkplatz in Bornstedt (Fraktion Grüne/B90): Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, auf welche Weise sowohl die Belange des UNESCO-Weltkulturerbes als auch die des Anwohnerschallschutzes beim Bau des Parkplatzes in Bornstedt in ausreichendem Maße berücksichtigt werden können. Das von der Stadt in Auftrag gegebene Lärmschutzgutachten sollte in diesem Rahmen überprüft werden.
Abstimmungsergebnis: mit 19 Ja-Stimmen angenommen, bei 11 Nein-Stimmen.

2. Mai:

Budgets für Bürgerinitiativen (Fraktion DIE LINKE. PDS): Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, in welcher Form Bürgerinitiativen, die sich übergreifend und stabil um Probleme in den Wohngebieten kümmern und damit der Verwaltung als Ansprechpartner zur Verfügung stehen, eine städtische Unterstützung erfahren können ...
Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen, bei 3 Gegenstimmen

6. Juni:

Schließung der Waldschule Groß Glienicke (14) (Oberbürgermeister, FB Schule und Sport): Die Waldschule (14) im Ortsteil Groß Glienicke wird mit Beendigung des Schuljahres 2006/2007 geschlossen.
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt die Weiterbeschulung der Klassenstufe 10 zu regeln.
Abstimmungsergebnis: mit 16 Ja-Stimmen angenommen bei 13 Nein-Stimmen.
Umzugspläne des Bundespolizeipräsidums (Fraktion CDU): Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle geeigneten Maßnahmen zur aktiven Unterstützung der Umzugspläne des Bundespolizeipräsidiums zu ergreifen und für eine Ansiedlung in Potsdam zu werben. Eine kontinuierliche Berichterstattung über die diesbezüglichen Aktivitäten und Fortschritte soll im Hauptausschuss erfolgen.
Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen bei 2 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen.
Bahnhof Golm (Fraktion Grüne/B90): Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Gesprächen mit der Deutschen Bahn AG darauf hinzuwirken, dass die neu zu erstellenden Bahnsteige des Bahnhofes Golm den Anforderungen an einen international bedeutenden Wissenschaftsstandort und dem heute schon erkennbaren tatsächlichen Bedarf entspricht ...
Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen bei zahlreichen Stimmenthaltungen.

7. November:

Zusammensetzung des Strom- und Gaspreises (Fraktion Die Andere): Die städtischen VertreterInnen in der Stadtwerke GmbH bzw. der EWP GmbH werden beauftragt, zu veranlassen, dass die Zusammensetzung des Strom- und Gaspreises unter Angabe des Prozentanteils der Gewinne in der nächsten Ausgabe der Kundenzeitschrift „Quartett“ in einem Kreisdiagramm bzw. in einer ähnlichen für den Bürger verständlichen Form dargestellt wird. Bei der Abführung der Gewinne ist zudem zwischen der Zuführung an die Holding und an den privaten Teilhaber zu unterscheiden.
Abstimmungsergebnis: (in namentlicher Abstimmung) mit 17 Ja-Stimmen angenommen bei 15 Nein-Stimmen und 7 Stimmenthaltungen.
(aus www.potsdam.de / Rathaus online)



Politik für die gesamte Stadt

Am 26. Oktober 2003 wurde Potsdam größer. Nein, es gab an diesem Tag keine Häufung von Mehrfachgeburten. Sieben Umlandgemeinden, wie Golm, Fahrland und Groß Glienicke, wurden schlicht und einfach eingemeindet. Die Reaktionen darauf waren sehr verschieden. Einerseits wurde die kommunale Selbstverwaltung geschwächt. Die Bürgerbeteiligung wurde einschränkt und wird wohl auf lange Sicht verschwinden. An die viel beschworenen positiven finanziellen Effekte glauben nur wenige. Andererseits halten die Befürworter die kommunale Selbstverwaltung in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern nicht für machbar. Daher wäre die Neugliederung notwendig und sinnvoll: vereinfachte und gebündelte Strukturen. Es entständen so leistungsfähigere Einheiten. Weniger, aber dafür eine professionellere Verwaltung, so das Argument der „Eingemeinder".

Im Vordergrund der Reform stand die Schaffung eines einheitlichen administrativen Raumes. Neben dem Prestigegewinn – Stadt mit der höchsten Wissenschaftsdichte – sollten diese Eingemeindungen auch der Lösung oder zumindest den Stadt-Umland-Konflikt mindern. Dieser besteht darin, dass der Verwaltungsraum nicht mit dem zu bewältigenden Aufgabenspektrum übereinstimmt. Potsdam übernimmt als Oberzentrum Aufgaben für andere Verwaltungsräume. Einfacher gesagt, die Randgemeinden nutzen die Dienstleistungen der Stadt kostenlos.

Einige Konflikte, wie die Abwanderung der Bevölkerung und der Wirtschaft in das Umland, konnten mit dieser Eingemeindung gelöst werden. Aber mit den Eingemeindungen wurden „nur" die Umlandgemeinden, die sich in einem Umkreis von 15 km befanden, eingegliedert. Die größere Stadt hat ein neues Umland mit neuen Problemen. Hinzu kommt, dass Potsdam keinerlei Erfahrung mit den neuen Ortsteilen hat. Viel zusätzliche Arbeit!

Alternativen sind vorhanden – die „Region Hannover" zeigt sie. Eine Gemeindegebietsreform führt stets zur Auflösung von gewachsenen Strukturen. Verständlich, dass sich die Bevölkerung gegen die Eingliederung, so im Fall von Golm, zur Wehr setzte. Bei der Schaffung einer Region werden Grenzen nicht verändert. Eine größere Zahl von Kommunen kann innerhalb einer Organisation zusammengeschlossen werden. Örtliche Angelegenheiten regelt weiterhin die Gemeinde. Aufgaben, wie Raumplanung, ÖPNV, Wirtschaftspolitik und Außenvertretung, werden an eine höher gelagerte Instanz abgeben, z.B. an eine Regionsversammlung. So kann das Territorium den interkommunalen Aufgaben angepasst werden, ohne gewachsene Strukturen zu zerstören. Dies würde nicht zu einer einseitigen Belastung der Kernstadt, d.h. Potsdam, führen. Im Gegenteil – viele Schultern tragen die Aufgaben. Durch gemeinsames Arbeiten entfallen Parallelzuständigkeiten, Instanzenwege können abgekürzt werden, und die Vereinheitlichung der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen wäre ein zusätzlicher Anreiz für Investoren. Die Außendarstellung und die Vermarktungschancen der gesamten Region verbessern sich so.

Die Gemeindegebietsreform löste nicht die Probleme, sie brachte neue mit sich und verschob die vorhandenen lediglich um einige Kilometer landeinwärts. Der Gesetzgeber wäre klug beraten, wenn er jetzt nach Lösungen sucht, die auf Dauer die Spannungen zwischen der Kernstadt und ihrem Umland lösen. Die „Region Potsdam" wäre eine Möglichkeit.

Sascha Krämer





„Wenn die Obrigkeit befiehlt..."

Zitate zur Gemeindegebietsreform (GGR) von Gemeinde(Ortsteil-)vertretern aus den neuen Ortsteilen

Groß Glienicke: „Das Wichtigste für die Glienicker war die Entschädigungsklausel."

„Der Ortsbeirat war die schwächste politische Lösung. Vor der Wahl dachte man, der Ortsbeirat hat politisch genau so viel zu sagen wie die Gemeindevertretung, und es wurde auch so verkauft."

„Ortsbeirat ist wohl ein „demokratisches Missverständnis". Er ist ein gewählter demokratischer Mandatsträger, der keine Rechte besitzt."

„Mit der GGR wurde die kommunale Selbstverwaltung abgeschafft."

„Potsdam ist nicht an den Problemen in Groß Glienicke interessiert, ist zu weit weg – zu unüberschaubar geworden. Jakobs weiß, was auf Potsdam zukommt. Mal sehen, ob der Winterdienst es schafft, bis zu uns kommen!"

„Das ist das Schöne an den Märkern, wenn die Obrigkeit befiehlt, dann wird gehorcht."

„Potsdam muss den Menschen in den neuen Ortsteilen an bestimmten Punkten seine Bereitschaft zu Verbesserungen zeigen. Bestimmte Standards müssen angehoben werden."

„Effizienter ist die Verwaltung auch nicht geworden – Potsdam ist zu weit weg. Die Gebietsreform war o.k. – einziges Problem, wir sind nach Potsdam gegangen."

„Potsdam muss Politik für die gesamte Stadt machen, auch für die neuen kleinen Ortsteile."

Golm : „Mit dem Beschluss des Gesetzes im März 2003 war klar, dass der Bürgerentscheid keine Rolle spielen würde und Golm durch eine Zwangseingemeindung Ortsteil von Potsdam werden würde. Die Stimmung in der Golmer Bevölkerung war da zwischen Unverschämtheit und Demokratielosigkeit."

„Wir haben gekämpft von Anfang bis Ende. Letztendlich war es aber so, dass Potsdam gesagt hat, wir wollen euch und wir nehmen euch auch. Trotz des hohen Bürgerentscheides, bei dem 86 Prozent für Werder waren, wurde gesagt, nein, das zählt nicht. Der Bürgerentscheid wurde nur gemacht, weil es laut Statut gefordert wurde. Ansonsten hatte der Bürger von Golm kein Mitspracherecht gehabt."

„Vor der Gebietsreform hatten wir einen guten Haushalt, der funktioniert hat. Nun gehören wir zu Potsdam, das pleite ist."

„Wirtschaftlich ist die Gemeindegebietsreform natürlich notwendig."

„Der Ortsbeirat hat ja nur die Funktion, dass er das Leben in der Gemeinde gestaltet. Die Hoheitsrechte, die die Gemeinde vorher hatte, sind nach Potsdam gegangen. Das ist ein ganz entscheidender Punkt."

„Mit dem Kopf wollten wir zu Potsdam, mit dem Herzen wollen wir Golmer bleiben. Ich denke, das wird sich positiv entwickeln. Nach diesem kleinen Tief."

„Die wissenschaftlichen Institute sind halt in Golm.. Das ist wohl ein Prestigeproblem. Das war auf jeden Fall mit ein Grund, um sich dann auf die Schulter zu klopfen und sagen zu können: Wir in Potsdam haben die höchste wissenschaftliche Dichte in Deutschland."

„Unsere ganzen hoheitlichen Rechte sind mit der Neustrukturierung weggefallen: z.B. die Haushaltsrechte. Früher zwei Millionen, jetzt kriegen wir 5000 Euro im Jahr."

„Aber wenn ich das nur mal so am Rande bemerken darf, wenn im Kontext der Gemeindegebietsreform Brandenburg Argumente von Potsdam kamen nach dem Motto: Ihr Golmer geht ja auch in Potsdamer Theater und einkaufen, dann braucht ihr euch doch auch nicht zu sträuben. Ihr nutzt Potsdamer Einrichtungen, wollt aber nach Werder. Das ist von der Logik her das blödeste Argument, was ich je gehört habe."

„Beim ‚normalen' Bürger ist entscheidend, wieviel teurer wird es für ihn und wie ist eine Verwaltung erreichbar. Die Verwaltung Potsdam ist für die Bürger besser erreichbar als Werder, aber die Finanzen sind natürlich in Werder besser als in Potsdam."

Gesammelt von Sascha Krämer



Der Schusterweg in Marquardt

Im Jahr 2002 hat die damalige Gemeindevertretung beschlossen, den Schusterweg auszubauen.

Nachdem das Projekt fertig war, wurde mit allen Anliegern eine Beratung durchgeführt. Als bei der Ausschreibung die geplante Summe nicht ausreichte, wurde im Einverständnis aller Beteiligten festgelegt, dass die Kosten für alle Parktaschen und Einfahrten im öffentlichen Bereich durch die Anlieger zu 100% selbst zu tragen sind.

Allen Anwohnern der Straße wurden die Kosten für jeden Hausbesitzer auf der Grundlage der gültigen Straßenausbausatzung der Gemeinde Marquardt mitgeteilt (50 % der Kosten). Damit waren alle Anlieger einverstanden. Der Straßenausbau „Schusterweg“ war Bestandteil des Haushaltsplanes 2003 der Gemeinde Marquardt.

Die Fertigstellung des Straßenbaues verzögert sich und wurde erst nach der demokratischen Zwangseingemeindung vollendet.

Die Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam steht auf dem Standpunkt, dass nunmehr die Straßenausbaubeitragssatzung von der Stadt Potsdam zur Anwendung kommt (75 % der Kosten).

Mit dieser Regelung sind die Anlieger und der Ortsbeirat nicht einverstanden.

Alle Versuche, eine einvernehmliche Lösung zu finden bzw. eine Aussprache mit den Anliegern zu machen, schlugen durch die Haltung der Stadtverwaltung fehl.

Die Bürger haben einen Vertrauensschutz, und der Ortsbeirat kann jetzt nicht entgegen den ursprünglichen Festlegungen anders handeln. Dies trifft auch für die Stadtverwaltung Potsdam zu, die außerdem die ehemaligen Gemeindevertreter nicht zum Popanz machen kann. Bei den Bescheiden für die Anlieger wurden die Kosten für die Parktaschen und Einfahrten im öffentlichen Bereich nicht berücksichtigt.

Das Landesverfassungsgericht hat festgelegt, dass bis zur Entscheidung der Klage keine existenziellen Festlegungen und Veränderungen zu treffen sind.

Außerdem ist völlig unklar, wie es zu der Festlegung des Straßenstatus kommt, um dadurch den Bürgern mehr in Rechnung zu stellen. (Haupterschließungsstraße, Anliegerstraße).

Mit dieser Vorgehensweise und den Beitragsbescheiden können wir nicht einverstanden sein. Der Ortsbeirat ist für eine baldige Klärung des Sachverhaltes unter Beachtung früherer Festlegungen und Absprachen mit den Anliegern des Schusterweges.

Dietrich Menzer,
Ortsbürgermeister
von Marquardt

In der „Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen und von Kostenersatz für Grundstückszufahrten der Landeshauptstadt Potsdam vom 19.05.2006“ heißt es zu den 75-prozentigen Anwohnerbeiträgen bei Anliegerstraßen im § 7: „Der Beitrag bzw. die Vorausleistungen können für: Grunderwerb; Freilegung; Fahrbahn; Radweg; Gehweg; kombinierte Geh- und Radwege; Park- und Abstellflächen; Beleuchtung; Oberflächenentwässerung; selbstständige Grünanlagen und Straßenbegleitgrün gesondert und in Reihenfolge des für den Beitragspflichtigen nutzbaren Baufortschritts erhoben werden.“

Vorlesetag in der Karl-Foerster-Schule

Am 22.10.2007 war ich anlässlich des bundesweiten Vorlesetages in der Potsdamer Karl-Foerster- Grundschule in der Kirschalle. Da habe ich in zwei dritten Klassen vorgelesen.

Zur Auswahl hatte ich die Bücher „Die Weihnachtsgans Auguste“ von Friedrich Wolf und „Der brave Schüler Ottokar“ von Ottokar Domma mitgebracht. Die Kinder entschieden sich jeweils, wohl auch der nahenden Weihnachtszeit geschuldet für die Weihnachtsgans Auguste. Die Lesestunde hat uns viel Spaß bereitet. Auch den Lehrerinnen, sie hat mal Zeit zum Zuhören.

Mein Anliegen war es, dazu beizutragen, bei den Kindern mehr Interesse für Bücher und für das Lesen zu wecken. Mit einer Spende habe ich dazu beigetragen, dass die Schulbibliothek mit neuen Kinderbüchern, davon gibt es glücklicherweise sehr viele, aufgefüllt werden kann.

A. Tack (MdL)

• tipps & termine • tipps & termine • tipps• tipps & termine• tipps & termine

Bedrohte Fauna: Ausgerottete und gefährdete Wildtiere Brandenburgs

bis 30.12.2007, Eintrittspreis: 3 Euro
Naturkundemuseum Potsdam
Breite Straße 13
14467 Potsdam
http://www.naturkundemuseum-potsdam.de/
Öffnungszeiten: Dienstag - Sonntag 9 bis 17 Uhr
Jeden 1. Montag im Monat 9 bis 17 Uhr

Lavendelhof Marquardt

Hauptstr. 3, 14476 Potsdam, OT Marquardt
http://www.lavendelhof-marquardt.de/
Öffnungszeiten
Frühstück - Mo.–Fr. 8.30 bis 10.00
Kaffee & Kuchen – Sa., So. und Feiertage ab 14.00 Uhr
Selbstgebackener Kuchen nach Angebot
Ausstellung „Wege nach Marquardt“ - auf historischen Karten bis 31.12.2007
22.12. Wintersonnenwende ab 15.00 Uhr, Die längste Nacht des Jahres.
Mit einem Feuerfest bereiten wir uns auf die Raunächte und Weihnachten vor. Eintritt F R E I !
Voranmeldung erbeten unter Telefon: (033208) 221 87

Soundtrack meiner Jugend

Zugegeben – den Namen Jan Josef Liefers verbindet der sicher große Teil des Tatort-Publikums mit einem exaltierten Pathologen, der sich in der Rolle des Introvertierten am wohlsten fühlt. Amüsante Gegensätzlichkeit in ewigen Ost-West-Vergleichen: Der proletarisch daher kommende Kommissar neigt dem Klischee des gewöhnlichen Ossis nahezukommen, ist aber West, während Ossi Liefers den gesammelten Charme von mindestens 100 Jahren westdeutschem Konservatismus versprüht. Aber das ist Film und Liefers Schauspieler und keine Wirklichkeit.

Jan Josef Liefers authentisch gibt's im Konzert mit seiner Band Oblivion. Der Soundtrack seiner Kindheit ist mit Jahrgang 64 auch der Soundtrack meiner Kindheit, Jahrgang 67 – Grund genug hinzugehen. Anekdote am Rande – in dieser Berliner Vorstellung im Admiralspalast hatten sich die Originale von Silly und Puhdys unters Publikum gemischt. Klar – es ging um Ostrock, und was dort musikalisch geboten wurde, war nach meinem Geschmack: Puhdys („Türen öffnen sich zur Stadt", „Wenn ein Mensch lebt"), Klaus-Renft-Combo („Als ich wie ein Vogel war"), Lift („Mein Herz soll ein Wasser sein"), Karat („Und ich liebe Dich") oder Silly („Schlohweißer Tag"). In Worte kann man diese Musik und ihre



sensiblen Texte nicht fassen. Sie sind mit ihrer Zeit und mit ihren Fans verbunden. Die Zuhörer im Konzert waren – das hat mich erstaunt – eher Jahrgang 55. Diese Rock- und Popsongs sprechen für sich. Sie sind entstanden in einem Umfeld, das sich erst dagegen stemmte, immer wieder auch beschnitt und sie doch gleichzeitig hervorbrachte. Ein Land, das miefig, spießig und provinziell sein konnte und zugleich einen Stil entwickelte, der voller Ausdruck und Emotion war, wie man es anders nicht fand.

Liefers nutzt letzteres für den musikalischen Teil und benutzt ersteres, um ... ja wofür eigentlich die peinlich anmutenden Einspiele und Kommentare des DDR-Kontrastprogramms von Ulbricht, Honecker, Schnitzler, Lange, ... auch belanglos seine eigenen biografischen Anekdötchen? Der Tatort-Pathologe als Leichenfledderer? Die Songs leben und zwar ganz ohne Ostalgie, sie leben auch ohne die DDR und dennoch entstammen sie ihr und gehören zu ihrer besseren Seite, genau wie die, die sie hören, und die, die sie geschrieben haben, und heute wie damals auftreten. *ph*

„Hier geblieben" war der Renner

PROSZenium - 4/2007: Club SternKabarett resümiert

Mit dem Auftritt der „Tollense Stichlinge" in der Reihe Kabarett Am Stern am 23.Februar 2007 sind bis Ende Oktober d.J. weitere Vorstellungen dazugekommen. Die höchste Besucherzahl aller Kabarettvorstellungen im STERN*ZEICHEN, im bereits sechsten Jahr hatte wieder die Solokabarettistin Gisela Oechelhaeuser mit ihrer kabarettistischen Lesung „Hier geblieben!" am 28. Septemer 2007: Einhundert Besucher an einem Abend.

Mit „Willis Stammtisch" am 27. Oktober, als letzte Offerte der „Grußadressen" zum 5. Jubiläum an den Club; wurden zu den resümierten 52 Vorstellungen mit 3300 Besuchern im Februar acht weitere mit 220 Teilnehmern hinzugezählt.

Die meisten Akteure und Mitwirkenden in einer Vorstellung brachte die Kabarettrevue auf das Podium im Spiegelsaal des Stern*Zeichen: 23 Kabarettistinnen und Kabarettisten gestalteten unter dem Motto „Nun sieh mal an, was aus uns so geworden ist..." non stop ein abwechslungs- und nuancenreiches, spritziges Programm. Zuschauer schätzten es als künstlerisch nachhaltig und zugleich erlebnisvoll ein.

Diese künstlerische Produktion wurde vom Club mit den Gruppen und Solisten seit Juni d.J. vorbereitet und nach einem Workshop unmittelbar vor dem Premierenauftritt zusammengefügt.

Das Publikum, das trotz der Überlänge des Programms geschlossen das Finale erlebte, dankte für die Ensembleleistung mit viel Beifall.

Eine Neuentdeckung dabei waren die „CRACY docters" aus Leipzig. Als Ableger der „Losen Skifle Gemeinschaft", der sie angehören, machten sie mit viel Allotria und musikalischen Kapriolen auf sich aufmerksam. Auch schon bei der musikalischen Begrüßung vor dem Programmauftritt im Café „Münchhausen".

Mit „Willis Stammtisch", am Folgetag im Jugendklub 18 Am Stern, wurde der Schlusspunkt zur fünfjährigen Geburtstagsparty gesetzt. Gestandene Satire-Autoren gestalteten gemeinsam mit KabarettistInnen das Lesecafé und das Improvisationspodium.

Unser herzlicher Dank gilt unseren Unterstützern und Sponsoren - ProPotsdam, der Wohnungsgenossenschaft Karl Marx, der Potsdamer Wohnungsgenossenschaft 1956, der Bürgerinitiative Stern, dem Bürgerbüro Scharfenberg von der LINKEN, dem Jugendclub 18, der Volkshochschule, dem Demokratischen Frauenbund und der Stadtkontor GmbH, ohne die das Projekt nicht durchgeführt worden wäre.

Leseecke

Lesung und Gespräch mit den Autoren

Carola Schramm und Jürgen Elsner zu Ihrem Buch

„Dichtung und Wahrheit –

die Legendenbildung um Ernst Busch "

am Samstag, 15. Dezember 2007, um 15.00 Uhr im Haus der Partei DIE LINKE, Alleestraße 3, Potsdam

Den Legenden um Ernst Busch nachzugehen, hat etwas mit Aufklärung zu tun. Busch, der kämpferische Sozialist, der bestimmte Vorstellungen und Ziele verfolgte, war eigenwillig und durchaus nicht pflegeleicht, für Freunde und Bewunderer nicht und schon gar nicht für verbockte Administratoren. Seine künstlerische Kraft und Widersetzlichkeit sind wahrhaft legendär, und sein Kampf mit den Ämtern aller erdenklichen Zuordnung ist Legion.

Die in zwei Halbbänden vorliegende Publikation versucht, sich dem Wahrheitsgehalt jener Legenden zu nähern, die im Laufe des hochproduktiven und bewegten Lebensganges Ernst Buschs nach dem zweiten Weltkrieg entstanden. Sie beruht auf einer umfangreichen Einsichtnahme in Dokumente verschiedener Archive.

Die musikalische „Begleitung", eine CD mit Tonaufnahmen Ernst Buschs, besitzt eigene Qualität, ihr voller Genuss erschließt sich durch Mitdenken.

„… der gehört abgebaggert“

Jugend fordert zeitnahen Braunkohleausstieg und Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte

Auf ihrer Landesmitgliederversammlung Anfang November 2007 in Potsdam forderte linksjugend [‘solid] Brandenburg die Einführung einer individuellen Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte und den sofortigen Einstieg in den Ausstieg aus der Braunkohle.

Etwa 70 Jugendliche waren in Potsdam zur Landesmitgliederversammlung des Jugendverbandes von DIE LINKE. Brandenburg zusammengekommen. Auf dem Programm des zweitägigen Treffens standen neben Workshops zu Themen wie Datensicherheit, Klimawandel und kommunalpolitischer Jugendbeteiligung auch Diskussionen und Anträge, die sich mit der Ausweitung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und der Herabsenkung des Wahlalters auf 16 Jahre beschäftigten. Die Anwesenden verständigten sich auf eine trinationale Kampagne, die gemeinsam mit tschechischen und polnischen Partnerverbänden zu den Kommunalwahlen 2008 eine klare Botschaft auf die Straße tragen soll: „Keine Stimme den Nazis!“



Zum Beschluss, sich für die Einführung einer individuellen Kennzeichnungspflicht für Brandenburgs Polizeibeamte einzusetzen, erklärte Landessprecherin Katharina Dahme: „Es ist nicht hinnehmbar, dass es den TeilnehmerInnen von Demonstrationen verboten ist, ihre Gesichter zu vermummen, Möglichkeiten zur Identifizierung von PolizeibeamtInnen aber gleichzeitig seit Jahren verhindert werden. So können diese bei Einsätzen aus der Anonymität heraus unverhältnismäßig Gewalt anwenden, wie zuletzt geschehen in Frankfurt/Oder und Neuruppin, ohne strafrechtliche Verfolgung fürchten zu müssen. Die Mehrheit der PolizistInnen verhält sich auf Demonstrationen korrekt; es liegt deswegen auch in ihrem Interesse, dass Kolleginnen und Kollegen, die durch Gewalt auffallen und damit dem Ruf der Polizei im Ganzen schaden, identifiziert und zur Rechenschaft gezogen werden können.“ Die Diskussion nahm auch Bezug auf die Ängste vieler Beamter vor Einschränkungen ihrer persönlichen Sicherheit: „Denkbar wäre die Einführung eines Kennzeichnungssystems, das von Einsatz zu Einsatz neue Nummern vergibt. So bliebe die Sicherheit der BeamtInnen und ihrer Familien gewährleistet, gleichzeitig aber auch der Schutz der DemonstrantInnen.“



Auch in der Energie- und Klimapolitik setzt sich der Jugendverband für eine Wende ein. So wurde die Unterstützung der Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue“ bekräftigt und mit überwältigender Mehrheit der baldmöglichste Ausstieg aus der Braunkohlenutzung gefordert: „Die Politik in Brandenburg und darüber hinaus muss endlich praktische Schritte zur Umsetzung ihrer Klimaschutzziele einleiten“, erklärte Landessprecher Steffen Kühne. Was heute an Maßnahmen zur Nutzung der enormen Potenziale erneuerbarer Energien verschleppt und totgeredet werde, sei in 10 Jahren nicht wieder gutzumachen: „Wer heute als Antwort auf den halbherzigen Atomausstieg nur eine massivere Kohleförderung anbietet, der gehört abgebaggert.“ *S.K.*

Linke Jugend koordiniert ihre Arbeit auf monatlichem Plenum

Seit nunmehr einigen Jahren kann die Linke in Potsdam in ihren Reihen und ihrem Umfeld auf gleich mehrere Gruppen aktiver junger Menschen verweisen. Durch die Fusion von PDS und WASG fanden seit 2005 nicht nur viele junge Menschen ihren Weg zu der neuen, bundesweit aufgestellten sozialistischen Partei; auch die bis dato betriebenen Konzepte linker Jugendarbeit näherten sich im Zuge der Aufbruchsstimmung einander wieder stärker an und führten im Frühjahr 2007 zur Gründung eines gemeinsamen Jugendverbandes aus den Strukturen [‘solid] die sozialistische jugend, PDS-Jugend/Junge Linke und verschiedenen WASG-Zusammenhängen. Zudem gründete sich mit DIE LINKE.SDS ein Studierendenverband als eigenständiger Zusammenschluss innerhalb des neuen Bundesjugendverbandes, der unter dem Namen „Linksjugend [‘solid]“ während der Mobilisierung zu den G8-Protesten im Juni seine Feuertaufe bestand.

Auch in Potsdam stellte sich vor diesem Hintergrund die Frage, wie aus den verschiedenen Interessenschwerpunkten, bisherigen Identitäten und Erfahrungshintergründe junger GenossInnen eine Vernetzung und Zusammenarbeit entstehen könne, die über den Kreis der bisher Aktiven und Interessierten hinaus junge Menschen in die politische Arbeit einzubinden vermag. Da die Zahl der Engagierten das Arbeiten in nur einer einzigen Gruppe nicht sinnvoll erscheinen ließ, wurde im Frühsommer ein eigener Ortsverband ins Leben gerufen, unter dessen Dach Basisgruppen, thematische Projektgruppen und die Potsdamer Gruppe des Hochschulverbandes gemeinsam Platz finden. Alle Aktivitäten und gemeinsamen Projekte werden jeden ersten Mittwoch des Monats im Rahmen eines gemeinsamen Plenums vorgestellt und koordiniert, ein eMail-Verteiler ermöglicht die Kommunikation und Entscheidungsfindung zwischendurch. Nach dem Rotationsprinzip werden die Treffen stets von jemand anderem vorbereitet, neben der organisatorischen Vernetzung sind sie auch Raum inhaltlicher Auseinandersetzungen.



St. Kühne
potsdam@linksjugend-solid-brandenburg.de

Kontakt:
www.solid-brandenburg.de
E-Mail:
kontakt@solid-brandenburg.de

Gegen Gewalt an Frauen – Frauenrechte sind Menschenrechte!

Gewalt gegen Frauen ist ein Verbrechen an den Rechten jedes Individuums. Jede dritte Frau in der Welt und jede vierte Frau in Europa ist Gewalt ausgesetzt. Im Krieg werden Frauen bewusst zu Opfern gemacht. Im Frieden erleben sie die Hölle im eigenen Heim. Gewalt an Frauen in jeglicher Form stellt die Universalität der Menschenrechte in Frage.

Gewalt an Frauen hat viele Gesichter: Verletzung des Rechts auf Selbstbestimmung, körperliche und seelische Schikane, Demütigung und Diskriminierung, sexuelle Belästigung, Vergewaltigung und Tötung.

Herrschaft und Ausbeutung sind die Ursachen der Unterdrückung des weiblichen Geschlechts. Geschlechtsspezifische Gewalt hat direkte, strukturelle und symbolische Wirkungen. Die Auswirkungen erstrecken sich auch auf die Kinder.

Gewalt an Frauen geht in den meisten Fällen vom eigenen Partner oder von Personen aus dem familiären Umfeld aus. Sie kommt in allen sozialen Gruppen vor. Männer üben sie aus. Sie ist eine Waffe, um Frauen zu unterwerfen. Solange es rechtliche und soziale Ungleichheit gibt, fühlen sich Männer und Staaten berechtigt, Gewalt gegen Frauen auszuüben.

Wir setzen uns im Kampf gegen häusliche Gewalt dafür ein, Frauenhäuser als kommunale Pflichtaufgabe zu führen, Notrufe und Beratungsstellen für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen finanziell abzusichern und strukturell auszubauen, das Gewaltschutzgesetz weiter zu entwickeln und Zukunftschancen für Frauen zu schaffen, die von Gewalt betroffen sind, sei es in Fragen der Ausbildung, der sozialen Absicherung oder der Vermittlung am Arbeitsmarkt.

Wir fordern soziale Sicherheit, Löhne und Renten, die ein würdevolles Leben ermöglichen, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, gleichen Zugang zu Bildung und Kultur, gleiche medizinische Versorgung für Männer und Frauen, Gleichstellung in der Politik sowie in allen Bereichen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens.

Am 25. November, dem Internationalen Gedenk- und Aktionstag „NEIN zur Gewalt an Frauen“, kämpften wir gemeinsam mit Frauen, unabhängig von politischer, religiöser und ethnischer Herkunft, in Europa und anderen Kontinenten gegen sexistische Gewalt. Wir bekräftigten durch gemeinsame Aktionen unser Recht auf Selbstbestimmung.

1999 erkannte die UNO den 25. November als internationalen Gedenk- und Aktionstag „NEIN zur Gewalt an Frauen“ an. Dieser Gedenktag geht zurück auf die Ermordung von drei Schwestern, die am 25.11.1960 in der Dominikanischen Republik vom militärischen Geheimdienst nach monatelanger Folter getötet wurden. Die Schwestern waren im Untergrund tätig und hatten sich an Aktivitäten gegen den tyrannischen Diktator Trujillo beteiligt.

Bärbel Lange,
LISA – feministische Frauenarbeitsgemeinschaft,
DIE LINKE. Landesverband Brandenburg

Reformen – wie ein ehrbares Wort verhunzt wird

Glossiert

In der Bundesrepublik Deutschland ist seit einigen Jahren das Reformfieber ausgebrochen. Reformiert wird mit Feuereifer, vor allem die sogenannte „politische Klasse“ ist sich einig und propagiert euphorisch die Reformen. Im Fadenkreuz stehen die Sozialsysteme, systematisch wird dem kleinen Manne unter die Jacke gelugt, ob man ihm nicht noch dies und jenes abnehmen könnte. Es gibt ja schon Erfolge – die Wirtschaft brummt, die Bosse verdienen gut – aber beim kleinen Mann kommt nicht viel an. Die Jobmaschine läuft, nur kann von den Jobs keiner leben. Aber, so jammern die gut Betuchten in zahlreichen Talk-Shows, die Reformen sind in Gefahr, wenn das eingenommene Geld wieder an die sozial Betroffenen verschleudert wird. Die Ankündigung des SPD-Chefs, älteren Arbeitslosen das Arbeitslosengeld I einige Monate länger zu bezahlen, wurde aufgenommen wie das Wetterleuchten des Roten Oktobers. Ein gespaltenes Volk – da die einen, die systematisch verarmt werden, da die anderen – die Spitzenverdiener – für die es die größte denkbare Gefahr ist, wenn das „Reformwerk“ nicht weiter getrieben wird. Dazwischen eine Regierung mit dem Anspruch, dem Volke in der Gänze zu dienen.

Der Begriff der Reform ist in der Historie vielfältig belegt, zumeist sind damit friedliche Modernisierungen der Gesellschaft verbunden. Es gibt gescheiterte Reformversuche, es gibt erfolgreiche Reformen, von denen erneuernde Impulse für die gesamte Gesellschaft ausgingen. Scheiterten Reformen, scheiterten sie zumeist am Widerstand von Teilen der herrschenden Klasse. Das dürfte uns nicht passieren, die Herrschenden sind ja für die Reformen, dennoch stehen den ungeliebten Reformen große Teile der Bevölkerung gegenüber.

Kann es sein, dass der Begriff „Reform“ nur eine Mogelpackung ist, ein Kampfbegriff, der den wahren Inhalt – das Herausziehen von immer mehr Geld aus der Tasche des kleinen Mannes – verschleiert? In früheren Zeiten gab es den zynischen Ausspruch: „Das Volk ist wie ein leerer Mehlsack. Wenn man drauf schlägt, kommt immer noch Mehl heraus.“

Die derzeitigen „Reformen“ – also Schläge auf einen leeren Mehlsack? Der übliche Reflex – also soziale Belastungen ungerührt von oben nach unten weiter zu geben. Die übliche Beutelschneiderei? Das ist nun gar nichts Neues, das kennen wir schon seit der Sklavenhaltergesellschaft. Nur nannte man das nicht „Reform“. Aber vielleicht kann man nun rückwirkend vieles als „Reform“ verkaufen. Auch die nachfolgende Debatte, nachgestellt von dem sowjetischen Dichter Alexej Tolstoi in seinem Roman „Peter I.“ wäre somit nach heutigen Maßstäben Teil einer Reform, eine Reformdebatte also. Es geht um Geld zum Kriegführen. Das kennen wir ja.

Sinowjew fasste mit der Hand seinen Bart und sagte: „Man könnte ja den Vorstädten und Dörfern irgendeine neue Steuer auferlegen ... Na vielleicht auf Salz ...“

Fürst Wolkonski, ein Greis von scharfem Verstand, hielt dagegen: „Bastschuhe sind noch steuerfrei ...“

„Er hat recht, er hat recht“, stimmten die Bojaren laut bei. ... Ein Ausweg war gefunden. Die einen wischten sich den Schweiß von der Stirn, die anderen drehten die Daumen und schöpften befriedigt Atem. Wieder andere ließen erleichtert einen üblen Wind in den Pelz fahren.

Matthias Wagner

Pro 130 km/h Tempolimit auf Autobahnen

Die Fraktion DIE LINKE unterstützt alle politischen Bemühungen, die dazu führen, dass ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen eingeführt wird.

Deshalb stehen wir in dieser Frage an der Seite des Brandenburger Verkehrsministers Reinhold Dellmann.

Tempolimit auf Autobahnen macht Sinn, denn es trägt dazu bei, dass das Unfallrisiko gesenkt wird, der Kraftstoffverbrauch und CO_2-Ausstoß reduziert werden, der Verkehr besser fließt und volkswirtschaftliche Unfallschäden in Millionenhöhe vermieden werden können.

Gute Erfahrungen gibt es seit Jahren auf dem Autobahnabschnitt auf der A24 zwischen Dreieck Havelland und Wittstock mit einem Tempolimit gekoppelt mit einem Überholverbot für LKW am Tag.

Wir erwarten vom Verkehrsminister, dass er sich in der Verkehrsministerkonferenz und im Bundesrat für ein Tempolimit bei 130 km/h auf Autobahnen stark macht. Die Fraktion DIE LINKE unterstützt ihn dabei gerne mit einem Antrag im Landtag.

Anita Tack, (MdL)
verkehrspol. Sprecherin DIE LINKE

Festtage ungetrübt genießen

Weihnachtstipps der Verbraucherzentrale Brandenburg

Gutscheine:

Mit Weihnachtsgeschenken möchte man Freude bereiten; wer keine Ahnung hat, was der Beschenkte sich wünscht, ist deshalb mit einem Gutschein „auf der sicheren Seite". Gutscheine für Kulturveranstaltungen können für eine bestimmte Veranstaltung oder Spielzeit gelten, ohne bestimmten Aufdruck geht man beim Kino zum Beispiel von zwei Jahren Geltungsdauer aus. Grundsätzlich sollte man einen unbefristeten Gutschein innerhalb von drei Jahren einlösen; viele Anbieter verhalten sich hier großzügig.

Einkauf:

Ein gesetzlich geregeltes Umtauschrecht bei fehlerfreier Ware gibt es nicht. Mittlerweile tauschen die meisten Händler Waren aus Kulanz um. Sie müssen aber keineswegs den Kaufpreis erstatten, sondern stellen in der Regel einen Gutschein aus. Wer sich nicht sicher ist, ob des Geschenk gefällt, der sollte sich vor dem Kauf nach einer freiwilligen Umtauschmöglichkeit erkundigen und sich das ggf. auf dem Kassenbon bestätigen lassen. Zurückgebrachte Artikel müssen selbstverständlich unversehrt sein. Der Verkäufer kann außerdem auf der Rückgabe der Verpackung bestehen. Hat man mit dem Händler schriftlich ein regelrechtes Rücktrittsrecht vereinbart, dann gibt es gegebenenfalls den Kaufpreis in bar zurück.

Gewährleistungsansprüche wegen Mängeln an der Ware verjähren erst nach zwei Jahren. Das gilt auch für Fehler bei preisreduzierten Waren, sofern sie nicht zum Beispiel wegen dieses Mangels als 2. Wahl gekennzeichnet sind. Allerdings muss der Verbraucher bei Reklamationen ab nach dem 6. Monat nach Entgegennahme der Ware nachweisen, dass der Mangel beim Kauf zwar nicht für den Verbraucher erkennbar, aber bereits vorhanden war. Doch auch wenn Mängel anerkannt werden, darf der Händler sich zunächst an Nachbesserungen versuchen. Ein Anspruch auf Rückzahlung des Kaufpreises gegen Rückgabe der Ware besteht je nach Gegenstand häufig erst nach zwei fehlgeschlagenen Reparaturversuchen. Da auf Thermopapier ausgedruckte Kassenzettel schnell verblassen, sollte man bei hochpreisigen Waren den Kassenzettel kopieren und mit dem Original aufbewahren. Im Gegensatz zum Umtausch aus Kulanz spielt bei berechtigten Reklamationen die Originalverpackung keine Rolle.

Versandhandel:

Durch Fernkommunikationsmittel wie Telefon, Post oder Internet abgeschlossene Verträge fallen unter das Fernabsatzgesetz. Hier besteht grundsätzlich ein Widerrufs- bzw. Rückgaberecht, über das der Anbieter ausdrücklich belehren muss. Die Widerrufs- bzw. Rückgabefrist von zwei Wochen beginnt dann ab Erhalt der Ware. Belehrt der Anbieter nicht über das Widerrufsrecht, kann unbefristet widerrufen werden.

Für einige Ausnahmen gilt das Widerrufsrecht jedoch nicht: Ausgeschlossen ist die Rückgabe von Audio- oder Videoaufzeichnungen oder Software, wenn sie nach Lieferung entsiegelt worden sind. Eben sowenig können per Fernkommunikation gebuchte Reiseverträge mit festen Terminen nach dem Fernabsatzrecht widerrufen werden.

Spenden:

Besonders in der Vorweihnachtszeit wird um Spenden geworben. Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen verleiht ein Spendensiegel an gemeinnützige Einrichtungen, die ihr Geld transparent verwalten und zum überwiegenden Teil dem angegebenen Zweck zukommen lassen. Die aktuelle Liste dieser Organisationen kann in allen Beratungsstellen der Verbraucherzentrale Brandenburg und im Internet unter www.dzi.de / „Spenderberatung" eingesehen werden. Wer Gutes tun will, der kann sich auch vor Ort beim Sozialamt erkundigen, welche Möglichkeiten es unmittelbar in der Region gibt. Bei manchmal recht aggressiver Werbung auf der Straße oder an der Haustür geht es oft um eine Fördermitgliedschaft in einem Verein, die man nicht widerrufen kann. Deshalb sollte man sich bei Spenden niemals moralisch unter Druck setzen lassen!

Weihnachtsbäckerei:

Beim Erhitzen stärkehaltiger Lebensmittel, wie auch beim Backen von Plätzchen, wird Arylamid gebildet. Entscheidend ist die Ofentemperatur: Wichtig ist deshalb, Plätzchen bei maximal 175°C zu backen und nicht zu stark zu bräunen.

Frisch aus dem Wald

Schlagen Sie sich Ihren Weihnachtbaum selbst

In Caputh am 08.12.07 und 09.12.07, jeweils von 9.00 – 15.00 Uhr
Treffpunkt: B2 Potsdam, Richtung Michendorf, Parkplatz an der Eisenbahnunterführung Nesselgrund.
Zufahrt zum Wald ist ab Parkplatz ausgeschildert
Ansprechpartner: Herr Schulz Tel. 01732405671
Weitere Angebote: Lagerfeuer, Imbiss, Kunstgewerblicher Verkauf

In Potsdam, Heinrich-Mann-Allee 93a, vom 10.12 – 20.12.07 jeweils von 8.00 – 15.00 Uhr
Ansprechpartner: Frau Rieke Tel. 0331/879189

In Potsdam Wildpark am 08.12.07 von 9.00 – 15.00 Uhr
Treffpunkt: B1 Potsdam Richtung Geltow, Ortsausgang Potsdam, Abfahrten von der B1 in den Wald sind ausgeschildert.
Ansprechpartner: Herr Eichhoff Tel. 0174/1701985
Weitere Angebote: Lagerfeuer, Imbiss

In Potsdam Wildpark am 09.12.07 von 9.00 – 15.00 Uhr
Treffpunkt: B1 Potsdam Richtung Geltow, Ortsausgang Potsdam, Abfahrten von der B1 in den Wald sind ausgeschildert
Ansprechpartner: Herr Kayserling Tel. 0162/2095869
Weitere Angebote: Lagerfeuer, Imbiss

Weihnachten im Bürgerhaus am Schlaatz

Schlaatzer Weihnachtsmarkt
Samstag, 08. Dezember, 15.00 - 18.00 Uhr
Der Marktplatz am Schlaatz wird einen Nachmittag lang weihnachtlich im Kerzenschein erstrahlen und Bewohner und Nachbarn zum Schlendern, Plaudern und Staunen verführen. Gemeinnützige Organisationen bieten Selbstgestaltetes aus der Weihnachtsback- und -bastelstube an.

Adventskonzert
Kammermusikensemble „Arpeggiato"
Sonntag, 09. Dezember, 16.00 Uhr Friedrichskirche, Babelsberg, Weberplatz
Herzlich laden wir Sie zu einem weihnachtlichen Konzert in die Friedrichskirche in Babelsberg am Weberplatz ein. Das Kammermusikensemble „Arpeggiato" probt regelmäßig im Bürgerhaus am Schlaatz. In der Friedrichskirche werden die Musiker Werke von Bach, Corelli, Albioni u.a. spielen.
Eintritt frei, über eine Spende würden sich die Musiker freuen.

Orientalische Adventsshow
für Kinder und Erwachsene
Sonntag, 09. Dezember, 16.00 Uhr
(Einlass ab 15.00 Uhr)
Die Tanzschule Aminah und ihre Partner laden gemeinsam mit dem Bürgerhaus zur orientalischen Adventsshow ein. Bei arabischen Naschereien, Kaffee und Kuchen können sich die Gäste an exotischen Tänzen erfreuen oder im Basar einkaufen.

Weihnachtsfeier der Volkssolidarität
Mittwoch, 12. Dezember, 14 Uhr
Ein großes und buntes Fest feiert die Volkssolidarität alljährlich für Senioren im Bürgerhaus am Schlaatz. Herzlich sind auch Sie eingeladen.

„X-Mas Soccer" Hallenfußballturnier
22. Dezember, ab 17 Uhr
Kurz vor Weihnachten geht es rund. Acht Mannschaften werden versuchen, den Wanderpokal zu erspielen. Interessierte Mannschaften können sich im Jugendclub alpha (alpha@buergerhaus-schlaatz.de und Tel. 8171910) anmelden.

KiezGottesDienst am Heiligen Abend
24. Dezember, um 18 Uhr
Ein Kiezgottesdienst im Bürgerhaus mit anschließendem geselligen Beisammensein für alle, die nicht alleine feiern wollen.

Ausstellungen im Dezember
„Fotografie ist mein Hobby" Personalausstellung zum 80. Geburtstag von Gerhard Stegelin ab **Sonntag, 16. Dezember,** Vernissage ab 15 Uhr und im Treppenhaus „Erinnerungen an die Stadt der Kinder"



Allen LeserInnen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr

Pete Heuer, Kreisvorsitzender DIE LINKE

Die folgende Meldung ging bereits durch viele Medien. Wir als Monatsblatt sind da etwas im Hintertreffen. Die Art und Weise der geschilderten Reaktion ist aber so pfiffig und brillant, dass sie Spaß macht.
Hier also für unsere Leser ein Stück Civilcourage zum Genießen:

Das ist auch Civilcourage...

Die Dresdner Presse erhielt am 25. Oktober 2007 vom „Holiday Dresden Inn" einen Brief, der sich an die sächsische NPD-Landtagsfraktion richtete.
Diese versuchte in der amerikanischen Hotelkette Zimmer zu buchen.
Die Reaktion des Geschäftsführers:

Ihre Zimmerreservierung im Holiday Inn Dresden

Sehr geehrter Herr Apfel,
sehr geehrter Herr Delle,

wir erhielten heute Ihre über www.hotel.de getätigte Reservierung für den 7. November 2007 und sind einigermaßen erstaunt, dass Sie ausgerechnet ein amerikanisches Hotelunternehmen mit ausländisch klingendem Namen bevorzugen.

Da Sie in unserem Hause nicht willkommen sind und ich es auch meinen Mitarbeitern nicht zumuten kann, Sie zu begrüßen und zu bedienen, haben wir hotel.de gebeten, die Buchung zu stornieren. Sollte dies aus vertraglichen Gründen nicht möglich sein, darf ich Sie darauf hinweisen, dass ich sämtliche in unserem Hause durch Sie getätigten Umsätze unmittelbar als Spende an die Dresdner Synagoge weiterleiten werde.
Betrachten Sie dies als kleinen Beitrag zur Wiedergutmachung für die Schäden, die Ihre damaligen Gesinnungsgenossen der Synagoge und vor allem ihren früheren Besuchern zugefügt haben.

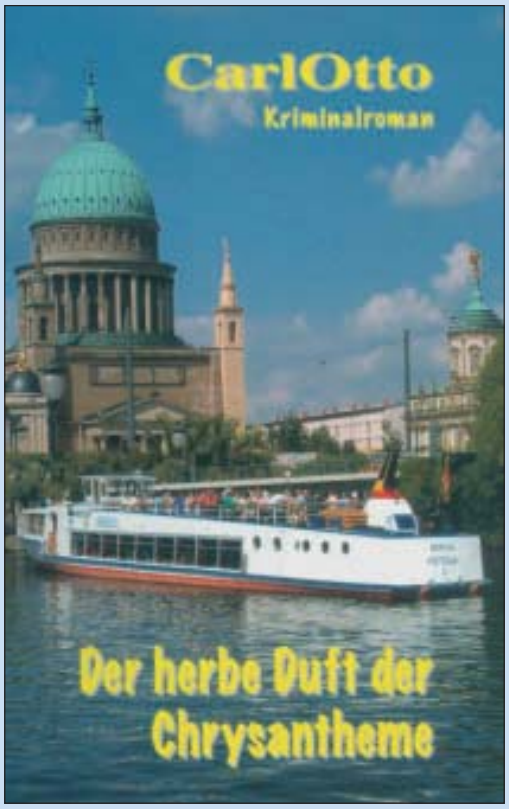
Eine Kopie dieses Schreibens leiten wir an die Dresdner Presse weiter. In der Hoffung, dass Sie eine zu Ihnen passende Unterkunft finden und uns Ihr Besuch erspart bleibt, verbleiben wir

mit freundlichen Grüssen

MACRANDER HOTELS GmbH & Co. KG

„Der herbe Duft der Chrysantheme"

Der Exjournalist Harry Belgerath hat nach seiner Pensionierung seinen Lebensmittelpunkt in die Mühle des Flämingdörfchens Borne verlegt. Doch die beschauliche märkische Idylle trügt. Erneut erwacht sein detektivisches Interesse, als der betagte Potsdamer Erhardt Konetzki auf dem Spreedampfer „Alter Fritz" an Herzversagen stirbt. Belgerath vermutet Mord, denn ein Jahr vorher verlautbarte die Presse einen ähnlichen Sterbefall auf dem Potsdamer Havelschiff „Sanssouci"... Die verschlungene Jagd nach seinem Phantom führt Belgerath über Berlin und Potsdam nach Kiew. Erst bei seinem dritten Mord auf dem Prager Moldau-Ausflugsschiff „Karl IV" begeht der Mörder einen Fehler, der ihm zum Verhängnis wird...



Wie in all seinen Prosatexten spielt auch in CarlOttos brandaktuellem Kriminalroman die märkische Landschaft eine Hauptrolle. In jedem lokalen Detail spürt der Leser die Liebe CarlOttos zu seiner Brandenburger Wahlheimat (seit 1987) und zu dem hier lebenden Menschenschlag.

CarlOtto „Der herbe Duft der Chrysantheme" – erschienen in EDITION MÄRKISCHE REISEBILDER POTSDAM (Tel.: 0331 – 2 70 17 87). ISBN 978-3-934232-16-7.

• tipps & termine • tipps & termine • tipps• tipps & termine• tipps & termine

Dezember 2007

Mi, 5.12., 16:30 Uhr:
Bildungswissenschaftliches Kolloquium „Bewältigungsmuster im Beruf. Hauptergebnisse der Potsdamer Lehrerstudie", Prof. Dr. Ulf Kieschke, Zentrum für Lehrerbildung der Universität Potsdam, OT Golm, Karl-Liebknecht-Str. 24/25
Do, 6.12., 15 Uhr:
Große Nikolausaktion, vorher abgegebene Stiefelchen werden vom Nikolaus gefüllt wieder ausgeteilt, Stern-Center Potsdam, Telefon: (0331) 649 52 14
Do, 6.12., 19 Uhr:
Film „Gysi und ich" von Maik Bialk, Haus der LINKEN, Alleestraße 3
Sa, 8.12., 11 Uhr:
Arbeitskreis Linke Behindertenpolitik, Bürgerhaus Stern*Zeichen, Galileistr. 37/39
Sa. 8.12., 10.00 Uhr:
Mitgliederversammlung des kommunalpolitischen forums Land Brandenburg e. V. Tagungshaus BlauArt, Hermannswerder.
So, 9.12., 10 Uhr:
Frühschoppen „Rathausreport live" der Fraktion DIE LINKE in der SVV Potsdam, Ort siehe Tagespresse
So, 9.12., 14 Uhr:
1. FFC Turbine Potsdam - FC Bayern München, Frauen-Fußball Bundesliga, Karl-Liebknecht-Straße 90
So. 9.12., 17 Uhr:
Advent-Event des Lokalen Familienbündnis' Am Stern. 20 Jahre Stadtteilbibliothek Am Stern – vor und in der Stadtteilbibliothek am Keplerplatz
Mo. 10.12., 15.00 – 16.00 Uhr:
Gemeinsame Bürgersprechstunde Anita Tack (MdL) und Dr. Klaus-Uwe Gunold, Stadtverordneter, Haus der LINKEN, Alleestraße 3
Di, 11.12.:
Herrnhuter- oder Fröbelsterne herstellen, Autonomes Frauenzentrum Potsdam, Zeppelinstraße 189
Di, 11.12., 14:30 Uhr:
„Mit der Kamera unterwegs durch die Wildnis Afrika" mit Dr. Rolf Rönz (1 €), Dahlweid*
Fr, 14.12., ab 20 Uhr:
Tanzfolk zum Mitmachen für Groß und Klein, Altes Rathaus, Am Alten Markt
Fr, 14.12.:
Kabarett am Stern, STERN*Zeichen, Die Viererbande „Alles wird gut"
Sa, 15.12., 15 Uhr:
Leseecke mit den Schriftstellern Dr. Carola Schramm und Prof. Dr. Jürgen Elsn, Haus der LINKEN, Alleestraße 3
So, 16.12., 16:30 Uhr:
Weihnachtsklänge im Treppenhaus, Junges Gesangsensemble, Konzert zur Spendensammlung für die musikalische Förderung von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen, Großes Waisenhaus, Lindenstraße 34
Mo, 17.12., 17.30 - 19 Uhr:
Bürgersprechstunde des Stadtverordneten Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Bürgerbüro im Bürgerhaus Stern*Zeichen, Galileistr. 37/39
Di, 18.12., 14:30 Uhr:
„Was brachte das Jahr 2007?", besinnlicher Jahresrückblick auf Potsdamer Stadtpolitik mit Dr. Herbert Schlomm, Stadtverordneter aus Zentrum-Ost, Dahlweid*
Fr, 21.12., 14-17 Uhr:
„Frohe Weihnacht", Weihnachtsfeier mit literarisch-musikalischem Programm und Tanz, Anmeldung bis 18.12. unter Tel. 740 76 70 (3 €), Dahlweid*
Sa, 22.12., 19:30 Uhr:
1. VfL Potsdam - HSG Hohn-Elsdorf, Handball, Regionalliga Nordost, Heinrich-Mann-Allee
Mo, 24.12., 10 Uhr:
Der Hirsch mit dem goldenen Geweih, Filmmuseum Potsdam, Marstall 1
Do, 27.12., 14 Uhr:
„Wir verabschieden das Jahr 2007", Singekreis (1 €), Dahlweid*
Fr, 28.12., 21 Uhr:
jazzwerkstatt nachtfoyer: Uschi Brüning & Ernst-Ludwig Petrowsky, Blues, Gospel, Jazz-Standards, Nikolaisaal, Wilhelm-Staab-Straße 10/11

* Seniorenfreizeitstätte in „Zentrum-Ost", Edisonallee